

Vor 60 Jahren

25. März 1958

Bundestag spricht sich für Nuklearoption im Rahmen der NATO aus

Der Bundestag beschließt am 25. März 1958 die Bundeswehr mit Trägersysteme für Atomwaffen ausrüsten zu lassen.

Hintergrund war die Expansionspolitik der Sowjetunion. Die Opposition und auch in der Bevölkerung gab es gegen die vermeintlichen atomare Aufrüstungspläne massiven Widerstand. Dabei ging es um die Umsetzung eines Beschlusses des NATO-Gipfels vom Dezember 1957 in Paris. Danach sollten zur Verhinderung eines Krieges auch taktische Atomwaffen unter US-amerikanischem Verschluss und in US-amerikanischem Eigentum den Streitkräften in Europa zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Beschluss, der im Bundestag zustande kam, wurde die Bundesregierung aufgefordert, auf ein internationales Abkommen zur Begrenzung und Verhinderung atomarer Waffen hinzuwirken.